

Leinfelden-Echterdingen, den 29.10.2015

Aktuelle Diskussion zum Thema Flüchtlinge und Stand der CDU

Sehr geehrte Mitglieder des CDU-Stadtverbandes Leinfelden-Echterdingen,

aktuell erreichen uns täglich neue Zahlen im Bezug auf die Flüchtlinge, die bei uns in Deutschland ankommen.

Mit vielen von Ihnen sind wir in den letzten Tagen in einem regen Austausch. Daraus entstanden ist der Wunsch, Sie alle umfassend zu informieren über die aktuellen Fakten und über das geplante Vorgehen Ihres Stadtverbandes in diesem Zusammenhang.

Fakten auf kommunaler Ebene:

Gemeinschaftsunterbringung (Versorgung durch den Landkreis):

- Für die Unterkünfte, die in der Verantwortung des Landkreises liegen, die sogenannten Ankunft-Gemeinschaftsunterbringung sind es in diesem Jahr in Oberaichen, Echterdingen und Stetten 325 Personen. Für das Jahr 2016 werden zum jetzigen Zeitpunkt ca. 500 Personen erwartet. Diese Zahlen sind jedoch Schätzungen und ändern sich täglich.
- Nach den neuesten Beschlüssen der Koalition in Berlin, sollen in die Kommunen nur noch diejenigen kommen, die eine positive Bleibe-Perspektive haben. Dies werden hauptsächlich Menschen aus den Kriegsgebieten sein.

Anschlussunterbringungen (Versorgung durch die Kommune):

- Aktuell gehen wir davon aus, dass in der Stadt ca. 100 Personen in der Anschlussunterbringung im Jahr 2015 versorgt werden müssen. Die Anschlussunterbringung ist in der Verantwortung der Kommune, dazu sind wir also gesetzlich verpflichtet. Hier entsteht gerade das Gebäude in Oberaichen in der Steinbeißstraße.
- Die Kosten für die Errichtung und Unterhaltung der Gebäude, sowie die soziale Betreuung der Bewohner ist Sache der Kommune. Für die Personalkosten gibt es teilweise Landeszuschüsse.
- Der Bund hat Hilfen zugesagt an die Länder und diese um Weiterleitung an die Kommunen gegeben. Hier gibt es seitens der Landesregierung noch keine Auskunft, mit welchen Mitteln zu rechnen ist. Für das Jahr 2016 werden wir in LE ca. 100-150 Personen in die Anschlussunterkünfte unterbringen müssen, in 2017 sind es ca. 500-600 Personen.

Informationen aus Europa:

Am Sonntag , den 3. Oktober 2015 erläuterte MdEP Inge Gräßle, in LE das Zustandekommen der Handlung von Angela Merkel im August, als sie und das Bundeskabinett die Einreise nach Deutschland ermöglichten, als in Ungarn eine humanitäre Ausnahmesituation entstanden ist. Diese Aktion, die Grenzen zu öffnen, hat in Europa die Diskussion eröffnet und auch die anderen Ländern dazu bewogen, der Verteilungsquote zuzustimmen. Ohne die Aufnahme der Flüchtlinge wäre dieser Erfolg nicht eingetreten.

Weiter erläuterte Gräßle, dass wir in Deutschland ein sehr umfängliches Verfahren zum Asylantrag haben. Viele Anträge gehen in die zweite Instanz, werden also nochmals geprüft. Somit ist sichergestellt, dass niemand einfach so wieder ausgewiesen wird. Rechtslage ist dabei auch, dass wer keinen positiven Bescheid erhält, unser Land wieder verlassen muss. Auch dem Land Baden-Württemberg, und damit der Landesregierung, droht die EU nun mit einem Verfahren, wenn sie noch länger das Recht missachten.

Unsere Aufgabe als Christ-Demokraten:

- Menschen, deren Leben gefährdet ist, gewähren wir Schutz. Dies steht auch in unserem Grundgesetz Artikel 16 fest verankert.
- Bewahrung unserer Werte und unserer Errungenschaften. Dazu gehört, dass alle Menschen, die zu uns kommen, unserer Werte, unsere Regeln und Gesetze achten und einhalten. Im Besondern geht es um die Akzeptanz der Demokratie, die Religionsfreiheit und die Gleichstellung von Mann und Frau.

Vorgehen des Stadtverbandes:

- Aufklärung über die Unterschiede im Bereich Erstankunftsunterbringung und Anschlussunterbringung für die Bürger.
- Klare Aussagen zu den Kosten, den Verantwortlichkeiten und den Herausforderungen rund um die Flüchtlingsthematik (Bund, Land, Kommune) durch Information in Form von Gesprächen, Veröffentlichungen und Briefen.
- Aufforderung der Landtagsabgeordneten der CDU Fraktion an entsprechender Stelle die Landesregierung an die Rechtspflicht zur zeitnahen Abschiebung zu erinnern und diese dann auch nachdrücklich einzufordern. Baden-Württemberg gehört zu den Ländern, die dieser Gesetzesregelung nicht Folge leisten.
- Aufforderung der Landesregierung der CDU-Fraktion die Verteilung der Bundesgelder an die Kommunen zeitnah von der Landesregierung einzufordern. Hier gibt es noch keine Auskunft von Rot-Grün wie dies geschehen soll.
- Auf dem Bezirksparteitag, an dem viele CDU-Mitglieder als gewählte Vertreter teilnehmen werden, werden wir das Anliegen mit dem rechtsgültigen Umgang mit den Abschiebungen ebenfalls einfordern.
- Aufforderung an die Bundestagsabgeordneten und die CDU-Mitglieder im Bundeskabinett sich mit aller Kraft für eine europäische Lösung der Krise einzusetzen. Die Verhandlung der Verteilungsquote war ein Anfang, jetzt müssen verlässliche Regelungen dazu her.
- Aufforderung an die Bundestagsabgeordneten der CDU, schnellstens die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Rechtsstaatlichkeit gewährleistet wird, also alle einreisende Menschen registriert werden. Die Schaffung neuer Stellen in 2016 ist zu spät.

Wir haben uns bereits mit Briefen an die entsprechenden Ebenen gewandt, um unsere Forderungen zur raschen Handlung auf den unterschiedlichen Feldern Nachdruck zu verleihen. Diese finden Sie auf unserer Homepage.

Darüber hinaus bitten wir Sie, jetzt nicht denjenigen zu Folgen, die sich mit unerträglichen Parolen lautstark Gehör verschaffen. Uns in Baden-Württemberg muss klar sein, dass jede Stimme für die AfD oder noch weiter Rechts eine Stimme für Rot-Rot-Grün bei der nächsten Landtagswahl im März bedeutet. Auch ist es wichtig zu erwähnen, dass die aktuelle Situation nicht alleine durch die CDU verursacht wurde.

Die CDU braucht jetzt jede Unterstützung und Rückendeckung durch Sie, damit die bereits in die Wege geleiteten Maßnahmen zügig umgesetzt werden und die noch offenen Punkte zeitnah in Angriff genommen werden. Eine Teilung oder gar Spaltung wird uns auf dem Weg zwischen Einhaltung des Artikels 16 und der Bewahrung unserer Demokratie, unserer Kultur und unserer Freiheiten nicht behilflich sein.

Unterstützen Sie uns als CDU in Leinfelden-Echterdingen.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Zöllmer
Stadtverbandsvorsitzende

Ilona Koch
Kreisrätin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende